

Das Kartell der Grünen Gentechnik

Firmen kaufen Politik, Forschung und Medien - Warum haben die politischen Entscheidungssysteme versagt?

Seit Jahren lehnen konstant über 70 Prozent der Bevölkerung in Europa gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

Der Grund hierfür liegt in einer nüchternen Abwägung. Den ungeklärten gesundheitlichen und ökologischen Risiken etwa einer gentechnisch aufgerüsteten Tomate wird der zweifelhafte Nutzen jener "Antimatschtomaten" entgegengestellt, die schon deshalb von besonderer Haltbarkeit sein müssen, weil sie oftmals wochenlang quer durch Europa gekarrt werden. Da in Nordamerika diese Kosten-Nutzen-Diskussion nie in einer breiten Öffentlichkeit geführt wurde und Gen-Lebensmittel bis heute nicht kennzeichnungspflichtig sind, gelang dort in den letzten Jahren weitgehend lautlos die Einführung dieser Risikotechnologie. Angestoßen von den Handelskonflikten mit dem gentechnik-kritischen Europa beginnt dort erst jetzt und viel zu spät eine kritische Debatte.

Ähnlich uninformiert und dementsprechend leicht manipulierbar ist die Bevölkerung in den so genannten Entwicklungsländern, die den derzeit am rasantesten wachsenden Absatzmarkt für die genmanipulierten Produkte der Agro-Konzerne darstellen. Erst im Nachhinein bemerken dort die Landwirte, worauf sie sich einließen, zumal die offiziellen Organisationen, wie etwa die Landwirtschafts- und Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen FAO, die Erfolge der Gentechnik besser darstellen als sie tatsächlich sind, weshalb die breite Öffentlichkeit von den massiven Fehlschlägen oft gar nichts erfährt. So haben die großen Saatgutkonzerne in Indien bereits Tausende von Bauern in den Ruin getrieben.

Zu einer regelrechten Versklavung der Kleinbauern führt das Patentrecht an den neuen Industriepflanzen. Da jedes gentechnisch veränderte Saatgut kommerzielles Eigentum der Biotech-Konzerne ist, dürfen die Landwirte nicht einmal das von ihnen selbst ausgesäte und später geerntete Material zur Neuaussaat benutzen, ohne zugleich hohe Gebühren an die Agro-Konzerne zahlen zu müssen. Gewinner dieses Spiels sind die Aktionäre der Biotech-Firmen, Großgrundbesitzer und andere oft korrupte Eliten in den Entwicklungsländern.

Der Verlierer ist, neben den kleinbäuerlichen Dorfgemeinschaften, die Umwelt, da die entstehenden riesigen Monokulturen extrem anfällig für Störungen sind. Regelmäßig ist dort ein Rückgang der Artenvielfalt um 80 Prozent zu beobachten. Dennoch steigt entgegen anders lautender Erklärungen der Biotech-Konzerne der Pestizideinsatz auf diesen Plantagen langfristig weiter, weshalb die durch diese Technik entstehenden "Superunkräuter" nur mit noch immer schärferen Eingriffen in das Ökosystem zu bekämpfen sind. Letztlich droht die menschliche Gesundheit zum Verlierer dieses Teufelskreislaufes zu werden. Wissenschaftliche Studien haben jedenfalls immer wieder Zusammenhänge etwa zwischen Magenkrebs und gentechnisch veränderten Lebensmitteln festgestellt.

Summa summarum wird den Menschen also zunehmend eine Technologie oktroyiert, deren tatsächliche und potenzielle Risiken beim derzeitigen Stand der Forschung in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen stehen. Wie aber konnte es zu diesem Versagen der politischen Entscheidungssysteme kommen?

Die Interessen der Biotech-Konzerne

Die Biotech-Branche der USA verliert seit dem so genannten Gentechnik-Moratorium der EU von 1999 jährlich rund 300 Mio. US Dollar Exporterlöse. Weltweit geben die Gentechnik-Konzerne dennoch jährlich 4,4 Mrd. US Dollar Entwicklungskosten zur Erforschung und Erprobung neuer Produkte aus. Zu einfach wäre es jedoch, die Schuld allein dem Gewinnstreben der Wirtschaft in die Schuhe zu schieben. In einer Marktwirtschaft ist es die systembedingte Aufgabe der Unternehmen, Innovation voranzutreiben, nach neuen Produkten zu suchen und um Marktanteile zu kämpfen. Gerade für rohstoffarme, hoch industrialisierte Volkswirtschaften ist ständige Produktinnovation unverzichtbar, da der Verkauf von Know-how in vielen Fällen das Einzige ist,

was diese Länder auf dem Weltmarkt anbieten können. Wenn Wirtschaftsunternehmen also die Chancen der Grünen Gentechnik ausloten, dort investieren und eine angemessene Rendite für das eingesetzte Kapital erwarten, tun sie genau das, was man von ihnen erwartet. Es wäre daher verfehlt, die agroindustrielle Gentechnik a priori zu verteufeln.

Das Problem sind vielmehr die durch die neoliberale Ideologie gesetzten Rahmenbedingungen, unter denen solche Unternehmen handeln. Profit gilt als Wert an sich, der mehr zählt als jene ökologischen und gesundheitlichen Kollateralschäden, die ein solches Lenken produziert. Pharma-Manager, die nicht täglich neue biotechnologische (Schein-)Innovationen in den Markt drücken, gelten als Versager. So bringen natürliche Lebensmittel den Konzernen nur eine Gewinnmarge von drei Prozent, während so genannte functional food es auf 40 Prozent bringt - also Lebensmittel, für die mit (oft fragwürdigen) gesundheits- oder leistungssteigernden Zusätzen geworben wird. Unternehmen, die dieser Logik nicht folgen, werden von der Börse abgestraft.

Eine solche Verabsolutierung von Firmengewinnen führt notwendigerweise zu Fehlsteuerungen, da die Werte, in deren Dienst diese Unternehmen eigentlich stehen sollten - Befriedigung existenzieller Bedürfnisse, Wohlstand für alle, Verbesserung der Lebensbedingungen, sinnvoller Einsatz von Technologie etc. -, dadurch stetig ins Hintertreffen geraten. Toleriert werden könnte diese Verselbstständigung rein monetären Denkens allenfalls dann, wenn die Wirtschaft durch Politik, Wissenschaft und Medien im Sinne einer Gewaltenteilung gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse in Schach gehalten würde. Genau diese Sicherungen versagen jedoch wegen der krakenartigen Ausbreitung neoliberaler Ideologie.

Die Indienstnahme der Politik

In einem offenen Verfassungsstaat ist es eigentlich Aufgabe der Politik, für einen Ausgleich zwischen den Interessen zu sorgen. Erfolgreich kann dies nur dann geschehen, wenn die verschiedenen Interessengruppen Kontakt zur Politik halten und sie mit den nötigen Informationen versorgen. Grundsätzlich ist deshalb gegen aggressiven Lobbyismus nichts einzuwenden - weder gegen jenen der Agro-Konzerne, allen voran des US Konzerns Monsanto, der seit Ende der 90er Jahre einen wahren Lobbyisten-Feldzug zur Einführung der Grünen Gentechnik in Europa führt, noch gegen jenen von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Greenpeace, GMwatch, BUND, Informationsdienst Gentechnik oder der Öko-Bauernverbände.

Problematisch wird es jedoch, wenn Politiker und Beamte ihre Rolle als "ehrliche Makler" aufgeben und einseitige Interessenvertretung betreiben. Einmal abgesehen von dem Einfluss der Cheney-Gang auf die Energie und Sicherheitspolitik der Bush-Regierung oder dem Berlusconi-Regime, ist die Verfilzung zwischen Politik, Beamten und Big Business derzeit in kaum einem Bereich so ausgeprägt wie in der agroindustriellen Gentechnik. Solche Seilschaften machten es zum Beispiel möglich, illegal Gen-Mais nach Mexiko zu schaffen, um das dort geltende Anbauverbot für Gen-Pflanzen zu umgehen und so gegen den Willen der Bevölkerung Fakten zu schaffen. Dieser gänzlich antidemokratische Überfall gelang. Heute ist Mexiko gentechnisch "erobert", da landesweit auch traditionelle Kulturpflanzen gentechnisch verseucht sind.

Die "legal" operierende Gentech-Mafia in den USA und Großbritannien

Bereits unter der Clinton-Regierung besetzten führende Manager von Monsanto leitende Positionen in den für die Agroindustrie zuständigen US-Bundesbehörden und wirkten maßgeblich an der Ausarbeitung des Rechtsrahmens für die Einführung der Grünen Gentechnik mit. Das entscheidende Gesetz zur Einführung der Grünen Gentechnik wurde von einem Monsanto-Rechtsanwalt geschrieben, der hierfür vorübergehend in die zuständige Bundesbehörde, die Food and Drug Administration (FDA), wechselte und nach getaner Arbeit wieder zurück zu Monsanto ging. So konnte erreicht werden, dass die US-amerikanischen Regulierungsbehörden bis heute die Gentechnik lediglich als Ausweitung konventioneller Züchtung einstufen und deshalb weder Veranlassung für besondere Sicherheitstests noch für eine Kennzeichnungspflicht sehen. Unter der Bush-Regierung verstärkten sich diese Tendenzen noch, da nun auf breiter Front Mitglieder der den Biotech-Firmen nahe stehenden, rechtslastigen Netzwerke und Think-Tanks Einfluss auf

die Regierungspolitik bekamen.

Bisheriger Höhepunkt dieser Entwicklung ist die konsequente Besetzung der in den USA so entscheidenden Bundesgerichte mit strammen Gesinnungsgenossen der Grünen Gentechnik besonders zugetanen Republikanischen Partei. Hinzu kommen im Gefolge des 11. September 2001 immer wieder Versuche, kritisch eingestellte Gruppen wie Greenpeace als Staatsfeinde zu brandmarken und mundtot zu machen.

Ähnlich ist die Situation in Großbritannien. Dort hat Lord Sainsbury, Inhaber einer der größten Supermarktketten des Landes, seit Jahren massiv in die Entwicklung der Grünen Gentechnik investiert. Im Jahre 1997 spendete Sainsbury der Labour Party einen Rekordbetrag, ein Jahr später war er Wissenschaftsminister im Kabinett Blair. Im Jahr 2002 stellte die ehrwürdige "Times" verwundert fest, dass die staatlichen Zuwendungen für Sainsburys Forschungslaboratorien um 300 Prozent gestiegen waren. Dem Minister kommt eine Schlüsselstellung bei allen Fragen der Einführung der Grünen Gentechnik in England zu. Im Jahr 2003 hatte Sainsbury bereits elf Millionen Pfund gespendet; im selben Jahr feuerte Tony Blair auf Druck von Monsanto, Bayer und Dupont seinen Umweltminister Michael Meacher, nachdem dieser mangelnde Sicherheitstests bei Genfood kritisiert hatte.

Verfälschung von Politik und Gentechnik-Befürwortern in Deutschland

Weniger dramatisch ist die Kumpanei zwischen Biotech-Unternehmen und Politik bisher in Deutschland. Dennoch gibt es auch hier bedenkliche Entwicklungen. So gilt Sachsen-Anhalt seit Jahren als einer der kompromisslosesten Befürworter agroindustrieller Gentechnik. Die Landesregierung drohte bereits mehrmals eine Verfassungsklage gegen das neue Gentechnikgesetz der rot-grünen Bundesregierung an. Ein Blick auf die Zusammensetzung des Landtags fördert dahinter stehende Interessen zu Tage: Der Geschäftsführer des Projektbetreibers Innoplanta, Dr. Uwe Schrader, saß als Parteifreund des Wirtschaftsministers Horst Rehberger im letzten Landtag und war einer der Hauptinitiatoren des geheimen Erprobungsanbaus von Gen-Mais in Sachsen-Anhalt.

Ein weiteres Beispiel für die Verfälschung zwischen Politik und Befürwortern der Gentechnik ist Cornelia Yzer. 1990 rückte die Juristin und Ziehtochter von Helmut Kohl aus der Bayer-"Umweltabteilung" in den Bundestag ein. Trotz offensichtlicher Interessenkonflikte sah sie keinen Anlass, ihre Stelle bei Bayer aufzugeben, 1992 folgte der Karrieresprung zur Staatssekretärin. Seit März 1997 arbeitet sie als Hauptgeschäftsführerin des Pharma-Lobbyvereins "Verband der Forschenden Arzneimittelhersteller" und kassiert dafür 200.000 Euro jährlich neben ihren Bezügen als Bundestagsabgeordnete. Nachdem dies alles aufflog, verließ Yzer den Bundestag; sie arbeitet seitdem nur noch als Pharmalobbyistin.

UNO und Weltbank von Biotech-Lobbyisten unterwandert

Auch internationale Organisationen wie UNO und Weltbank sind inzwischen von Biotech-Lobbyisten unterwandert. So finden etwa regelmäßige Austauschprogramme zwischen Mitarbeitern von Aventis und Weltbank statt. Ein Spitzenbeamter der Weltbank-Abteilung für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung ist gleichzeitig Vorstandsmitglied des von Monsanto, Syngenta und Bayer geförderten "International Service for the Acquisition of Agri-Biotech Applications". Dabei handelt es sich um eine "pressure group" für die Vermarktung von Biotechnologie, deren Aufgabe unter anderem darin besteht, den Ländern der "Dritten Welt" über den Weg großzügiger "Nahrungsmittelhilfe" gentechnisch veränderte Lebensmittel aufzuzwingen.

Eine besonders undemokratische Variante von Gentechnik-Imperialismus findet im Irak statt. Dort erließ die US-Besatzungsmacht im April 2004 kurzerhand eine Verordnung zur Reform des kommerziellen Eigentums am Saatgut, wonach nicht einmal mehr die von den Landwirten selbst geerntete Feldfrucht zur Neuaussaat benutzt werden darf. Bemerkenswert ist auch der überraschende Kurswechsel der bisher vergleichsweise neutralen FAO hin zu einer überzeugten Befürworterin Grüner Gentechnik.

Komplize Wissenschaft

Bei ihrer Propaganda beziehen sich viele Politiker und Beamte auf Fachwissen so genannter wissenschaftlicher Kapazitäten. So kommen führende Wissenschaftler aus staatlichen wie privaten Forschungseinrichtungen zu dem Ergebnis, gentechnische Lebensmittel seien unbedenklich, oft sogar gesünder als die natürlichen, könnten den Hunger in der Welt besiegen und seien wegen der künstlich geschaffenen zusätzlichen genetischen Vielfalt der wahre Garant einer nachhaltigen Entwicklung. Hört man auf diese Experten, scheint mit der Grünen Gentechnik das Paradies auf Erden einzuziehen.

Was einem die offizielle Wissenschaft kaum sagt: Es gibt inzwischen genug Studien, die belegen, dass es sehr wohl

- einen Gentransfer von der Nahrung in den Körper geben kann,
- die Artenvielfalt in den gentechnischen Monokulturen drastisch sinkt,
- der Herbizidverbrauch durch die sich entwickelnden Resistenzen langfristig steigt und
- Superunkräuter entstehen.

Auch haben Studien längst nachgewiesen, dass der wahre Grund für den Hunger in der Welt ungerechte Landverteilung, fehlender Zugang zu Wasser, schlechte Lagerung und vor allem Armut sind und nicht etwa fehlende Gentechnik.

Auch wie eine mit Milliardenbeträgen erforschte teure Gentechnik ausgerechnet von Bauern bezahlt werden soll, die nicht einmal das Geld für die Ernährung ihrer eigenen Kinder haben, sagen einem die Experten nicht. Allein in Indien, einer Speerspitze für die Agro-Industrie, brachten sich bis heute rund 10.000 Baumwoll-Bauern um, weil sie die Kredite nicht zurückzahlen konnten, die sie für die teure Agro-Technik eben jener Konzerne aufgenommen hatten, die ihnen jetzt die Grüne Gentechnik als Erlösung anbieten.

Wissenschaftskorruption in neuer Dimension

Und wagt es doch einmal ein Wissenschaftler, an die Öffentlichkeit zu gehen - wie Arpad Pusztai im Jahre 1998 - schlägt das Imperium zurück. Pusztai, ein angesehener Forscher, der 30 Jahre lang als überzeugter Anhänger der Gentechnik am renommierten Rowett Research Institute im schottischen Aberdeen gearbeitet hatte, wurde diskreditiert und bedroht, bei ihm wurde eingebrochen und seine Arbeitsergebnisse gestohlen. Pusztai verlor seinen Job, und die Royal Medical Society verleumdete ihn. Dabei hatte er nur einen Verdacht geäußert, dem man hätte nachgehen sollen. Der eigentlichen Aufgabe eines Wissenschaftsverbandes, diese Studien fortzuführen und wissenschaftlich zu überprüfen, kam die mit weltweit führenden Köpfen besetzte Royal Society aber nicht nach.

Sucht man nach den Ursachen dieser Wissenschaftskorruption, wird man schnell fündig. Spätestens seit dem Amtsantritt von Lord Sainsbury sind große Teile des offiziellen britischen Wissenschaftsbetriebs, wie etwa die in Wissenschaftsfragen maßgebliche Royal Society, weitgehend von der Pharma- und Biotech-Industrie abhängig oder sogar von ihr unterwandert - oft übrigens mit dem offiziellen Segen der Regierung. Diese Kumpanei zwischen Konzernbossen, Politikern und "Spitzenwissenschaftlern" war übrigens auch der Grund für das BSE-Desaster, das die Steuerzahler europaweit Milliarden kostete. Unabhängige Wissenschaftler, die seit Jahren vor den Gefahren der Tiermehlverarbeitung warnten, wurden von diesen Kreisen systematisch mundtot gemacht, da die für die Ausschaltung des BSE-Erregers nötigen höheren Temperaturen bei der Tiermehlherstellung die Gewinnmargen der Futtermittelindustrie verringern.

Auch die Arme des weltweit in der Agro-Gentechnik führenden Monsanto-Konzerns reichen weit. So distanzierte sich auf Druck dieses Unternehmens das renommierte Fachmagazin "Nature" im Jahr 2002 von einem dort erschienenen Artikel des Berkeley-Professors Ignacio Chapela, der Genmais-Kontaminationen natürlicher Maissorten in Mexiko und damit indirekt den illegalen Transport von den USA nach Mexiko nachwies - ein einmaliger Vorgang in der 135jährigen

Geschichte dieser Zeitschrift, hatte ein streng prüfendes Gremium den Artikel doch als publikationswürdig angenommen. Außerdem verweigerte die Universitätszeitung von Berkeley dem Professor 2004 trotz einmütig positiver Empfehlung des Kollegiums eine Festanstellung. Die kalifornische Universität arbeitet seit 1998 in einer Forschungs Kooperation mit dem Basler Gentech-Konzern Novartis zusammen, die ihr jährlich fünf Millionen US-Dollar einbringt. In demselben Jahr bestätigte eine Studie die Befunde von Chapela und warnte vor einem unwiederbringlichen Schaden für den weltweit einzigartigen Schatz natürlicher Maissorten. Auf Intervention der Bush-Regierung wird diese Studie jedoch bis heute geheim gehalten.

Das Prinzip der substantziellen Äquivalenz

Dass trotz, genauer: gerade wegen unterdrückter Risikoforschung die Grüne Gentechnik weltweit auf dem Vormarsch ist, dürfte einem wissenschaftlichen Taschenspielertrick zu verdanken sein. Denn der 1996 von der FAO und der Weltgesundheitsorganisation WHO angenommene Standard zur Risikoabschätzung von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln ist geradezu eine Aufforderung zur Manipulation. Nach diesem "Prinzip der substantziellen Äquivalenz" gilt ein neues Lebensmittel dann als sicher, wenn es einem herkömmlichen Lebensmittel gegenüber als gleichwertig angesehen werden kann. Darüber aber, wann diese Gleichwertigkeit vorliegt, sagt das Prinzip nichts aus.

An einer schnellen Zulassung eines Lebensmittels interessierte Wissenschaftler können sich daher nach Belieben immer diejenigen Eigenschaften aussuchen, bei denen am Schluss am einfachsten und sichersten eine Gleichwertigkeit herauskommt. So verwundert es nicht, dass bis heute weltweit praktisch alle Lebensmittel diesen "Sicherheitstest" bestanden. Zwar wurde dieses "Prinzip der substantziellen Äquivalenz" bereits 1999 von 600 Wissenschaftlern aus 72 Ländern heftig kritisiert. Dennoch ist es bis heute der herrschende wissenschaftliche Standard zur Untersuchung von Gentechnik-Nahrungsmitteln.

Europäische Lebensmittelbehörde EFSA nur bedingt unabhängig

Eine undurchsichtige Rolle bei der Einführung der agroindustriellen Gentechnik spielt auch die erst 2002 gegründete Europäische Lebensmittelbehörde EFSA. Ihre Aufgabe sollte es eigentlich sein, die EU-Kommission mit unabhängigem wissenschaftlichem Sachverstand bei ihren Risikobewertungen zu unterstützen. In der Praxis tut sie sich allerdings bisher vor allem mit der Erteilung von Blankopapieren für die Agroindustrie hervor. Von vielen EU-Mitgliedstaaten erhobene wissenschaftlich begründete Sicherheitsbedenken wurden regelmäßig von der EU-Kommission unter Verweis auf die Stellungnahmen der EFSA vom Tisch gewischt. Schaut man sich die Zusammensetzung dieses Gremiums genauer an, tauchen interessante Verbindungen zwischen diesen "unabhängigen Wissenschaftlern" und der Agro-Industrie auf: der eine hat Beraterverträge mit dieser Biotech-Firma, der andere hält Aktienpakete von jener, und die zwei deutschen Wissenschaftler treten gar in Werbefilmen auf, die für Aventis, BASF, Monsanto und Co. zur Bewerbung der Grünen Gentechnik produziert wurden.

Prestigeprojekt "Goldener Reis"

Da aber trotz all dieser Bemühungen die meisten Menschen, gerade in Europa, die Agro-Gentechnik ablehnen, ließ man sich Prestige-Projekte wie "Golden Rice" einfallen, mit denen das Image dieser Risikotechnologie verbessert werden soll. Auch hier spielen Wissenschaftler eine zentrale Rolle. Mit hohen Subventionen von der EU gefördert, wird hier an Gen-Reis mit eingebautem Beta-Carotin geforscht, welches dann im Körper Vitamin A produziert und so gegen Blindheit helfen und einen höheren Infektionsschutz liefern soll. In den Entwicklungsländern, wo sich Millionen Menschen vorwiegend von Reis ernähren, ist nämlich gerade der Vitamin-A-Mangel nach den Erkenntnissen der Biotech-Konzerne ein schwerwiegendes Problem. So sprechen Pharma-Manager von wissenschaftlichen Studien, die ergeben hätten, dass jeden Monat 50.000 Kinder die Verzögerung der Einführung dieses Wundermittels mit Erblindung bezahlen müssten.

Zwar haben Versuche von Monsanto in der Tat eine Erhöhung des Provitamin-A-Gehalts durch

Gen-Reis ergeben - allerdings nur auf Kosten eines markant gesunkenen, ebenso wichtigen Vitamin-E-Anteils. Ernährungswissenschaftliche Erkenntnisse legen den Schluss nahe, dass Goldener Reis allein den Vitamin-A-Mangel und die damit verbundene Blindheit nur geringfügig zu reduzieren vermag, da der wahre Grund für die Mangelerscheinungen durchfallähnliche Erkrankungen in den Entwicklungsländern sind. Außerdem gibt es in Indien, einem der Zielländer für diese gentechnische Zwangsbeglückung, mit der natürlichen Sorte "Roter Reis" ein Nahrungsmittel, das sogar mehr Vitamin A enthält als das angepriesene Industrieprodukt. Golden Rice ist also schlicht überflüssig - so sehen es jedenfalls Hilfsorganisationen wie Brot für die Welt.

Auch das sonstige Verhalten der Biotech-Konzerne in den Regionen der "Dritten Welt" bestätigt nicht die seitens der Konzerne so ostentativ vorgebrachten Sorgen um die Gesundheit der dort lebenden Menschen. So verkauft etwa Bayer in Indien Insektenvernichtungsmittel, die in der EU schon lange verboten sind, und nimmt damit schwere Gesundheitsschäden und Todesfälle unter den Baumwollarbeitern in Kauf. Dennoch übernehmen führende Politiker, wie der scheidende baden württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel, kritiklos die PR vom Goldenen Reis, selbstverständlich unter Verweis auf "unabhängige Experten".

Deutscher Filz zwischen Wissenschaft und Kommerz

Auch in Deutschland wächst der unheilvolle Filz zwischen Wissenschaft und Kommerz. So machten im Oktober 2004 die beiden Wissenschaftsmanager Ernst-Ludwig Winnacker (Deutsche Forschungsgemeinschaft, DFG) und Hans-Olaf Henkel (Leibniz-Gemeinschaft) an der Spitze einer Allianz der großen Wissenschaftsorganisationen Front gegen das neue Gentechnikgesetz, welches "die Zukunftschancen unserer Jugend" verspiele. Nun ist es das gute Recht des Präsidenten einer Wissenschaftsorganisation, auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen. Problematisch wird es aber, wenn solche Personen als Vertreter edler Wissenschaft auftreten und, wie Winnacker, nebenbei im Aufsichtsrat von Bayer sitzen und sogar Aufsichtsratsvorsitzender der ebenfalls in Gentechnik investierenden Firma MediGene sind. Geradezu grotesk wird es, wenn ein Wissenschaftsvertreter wie Henkel im gleichen Atemzug von "überflüssigen Windrädern" spricht, brachten diese doch einen riesigen Innovationsschub für die deutsche Ingenieurskunst, Exportrekorde und Zehntausende neuer Arbeitsplätze - also weit mehr als die Agro-Gentechnik, deren erklärtes Ziel ja ohnehin Rationalisierung und damit Arbeitsplatzabbau ist. Dies zeigt, wie sehr das neoliberale Dogma das Denken der Wissenschaft inzwischen korrumpiert hat.

Die verheerende Rolle der Medien

Eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung der Grünen Gentechnik spielen die den Industriewissenschaftlern zugetanen Medien. So titelte etwa das Magazin "Time", dass der Golden Rice "jedes Jahr einer Million Kinder das Leben retten könnte". Dass ein paar Jahre später selbst Biotech-Vertreter einräumten, diese Versprechen seien zu vollmundig gewesen, liest man dann allenfalls noch auf den Internetseiten der NGOs.

Endgültig verheerend wird es, wenn es, wie in den USA, kaum noch kritische Massenmedien gibt. Forschungsergebnisse, die auf gesundheitliche Risiken hinweisen, kommen dort praktisch nicht vor. Stattdessen berichtet der US-Sender ABC in der besten Sendezeit über Studien, die angeblich belegen, dass Öko-Produkte gefährlicher als Industrienahrungsmittel sind. Da wegen der schädlichen Wirkungen von Chemikalien, Hormonen und Antibiotika sowie der fortschreitenden Verfettung der US-Bevölkerung medizinisch schon lange das Gegenteil bewiesen ist, distanzierte sich die Senderkette, die große Spenden vom Agro-Business bekommt, später zwar halbherzig von diesen verfälschten "Studien". Die beabsichtigte Wirkung in den Köpfen der Menschen war jedoch längst erreicht worden. Aber selbst dieses Eingeständnis hielt die PR-Strategen der Biotech-Industrie nicht davon ab, ihre Propaganda weiter zu verbreiten.

Auch in Deutschland finden die Wissenschaftler des Agro-Business leicht mediale Repräsentanz. So wurden in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) die besagten Befunde Pusztais durch den Gentechnik-Experten der Bundesforschungsanstalt für Ernährung als maßlos übertrieben abgekanzelt. Dass dieser Gentechnik-"Experte" selbst an Werbekampagnen für Monsanto

teilnahm und sein FAZ-Beitrag von einer PR-Frau von Monsanto mitgeschrieben wurde, erfährt man nur im Kleingedruckten.

Die "NGO" EuropaBio betreibt Lobbyarbeit für die Agro-Industrie

Ein noch schwerer zu durchschauendes Vorgehen ist das verdeckte Agieren der Konzerne mittels vorgeblicher Nichtregierungsorganisationen (NGO). So gründeten Bayer, Novartis, Monsanto Europe, Nestlé, Novo Nordisk, Rhône-Poulenc und Unilever einen Interessenverband mit dem sympathischen Namen EuropaBio. Dessen Hauptaufgabe ist die lautlose Überzeugungsarbeit bei politischen Entscheidungsträgern. Aber auch in Fernsehshows treten Vertreter dieses Vereins auf - als überzeugte Ökologen, die den Einsatz der Agro-Industrie zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen empfehlen. In ähnlicher Weise werden auch Konsumenten, Kleinbauern oder Vertrauen erweckende Mütter gezielt von PR-Agenturen als unbedarfte Dritte platziert, um dann vor einem Massenpublikum die Vorzüge gentechnisch veränderter Lebensmittel zu preisen, wohlgerneht: nicht in Werbesendungen, sondern im Hauptprogramm.

Gentech-Kritiker werden mundtot gemacht

Eine Medienpräsenz unabhängiger Kritiker wird hingegen systematisch zu verhindern versucht. Die britische Royal Society machte, wie bereits gezeigt, den Genforscher Pusztai praktisch mundtot. Um kritische Äußerungen künftig ganz zu verhindern, greift man inzwischen zu offener Zensur. So lässt die mächtige Wissenschaftsorganisation nur noch ausgewählte Personen bei Medien-Anfragen sprechen.

In Deutschland wurde 1998 auch Greenpeace ein Zensuropfer. Trotz guter Einschaltquoten wurde die RTL-Sendung "Greenpeace TV" nicht fortgesetzt, nachdem sich mächtige Werbekunden wie Nestlé wegen der kritischen Haltung von Greenpeace zu Gentech-Lebensmitteln beschwert hatten.

Die bewusste Irreführung der Öffentlichkeit erfuhr 2003 sogar die Billigung eines US-Berufungsgerichts in Florida. In einem Prozess zwischen dem Sender Fox News und investigativen Journalisten, die sich weigerten, auf Druck von Monsanto einen Bericht über deren gesundheitsschädliche Wachstumshormone zurückzunehmen, bescheinigte das Gericht dem Sender ausdrücklich das Recht, gefälschte Berichte senden zu dürfen. Der Grund hierfür liegt darin, dass die von Michael Powell, dem Sohn des damaligen Außenministers, geleitete US-Medienaufsicht FCC das Medienrecht so gelockert hat, dass es keine rechtliche Handhabe mehr gegen solche Manipulationen gibt. Die Allianz von "Wissenschaft" und Medien schafft auf diese Weise in den Köpfen der Menschen schleichend falsche Realitäten, die dann wieder von interessierter Seite für ihre Zwecke genutzt werden können.

Ausschaltung pluralistischer Entscheidungsprozesse

Faktisch lässt sich eine klare Korrelation zwischen der Ausschaltung pluralistischer Entscheidungsprozesse und der Einführung agroindustrieller Gentechnik feststellen. In den USA, China, Indien und vielen anderen Ländern konnte diese Risikotechnologie dadurch lautlos, ohne nennenswerte öffentliche Diskussion und gegen die Interessen der Bevölkerung etabliert werden. Zwar gab es vereinzelt Widerstand von NGOs, der aber selten eine echte Bedrohung für die kommerziellen Interessen der Biotech-Konzerne darstellte. Die Entscheidungsprozesse sind mit demokratischen Prinzipien völlig unvereinbar.

Während in vielen Ländern der "Dritten Welt" die gesellschaftliche Infrastruktur für eine offene Diskussion gar nicht vorhanden ist, stellt sich die Situation in den USA anders dar. Hier gibt es zwar im Grundsatz ein demokratisches Entscheidungssystem mit einer Gewaltenteilung, das aber durch eine faktische Gleichschaltung aller maßgeblichen Machtfaktoren, einschließlich der Parteien, gezielt außer Kraft gesetzt wurde. Legislative und Exekutive fungieren als Unterstützer der Biotech-Konzerne, und auch die Judikative deckt durch ihre scheinbar sachlichen richterlichen Entscheidungen das Vorgehen der Unternehmen. Für das passende gesellschaftliche Klima

sorgen Medien und Wissenschaft. Statt als vierte und fünfte Gewalt einen ernsthaften Diskurs über die Vor- und Nachteile der Grünen Gentechnik zu führen, produzieren sie in der US-Bevölkerung eine naive Technikgläubigkeit, die gegenwärtig eine neue Runde der Genforschung einläutet: Bisher aus Sicherheitsgründen in hermetisch abgeriegelten, geschlossenen Systemen produzierte Arzneimittel sollen nun auf dem freien Feld wachsen - um Kosten zu sparen. Damit hat sich die "unsichtbare Hand" einer alle Subsysteme Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Medien faktisch gleichschaltenden neoliberalen Ideologie in den USA endgültig durchgesetzt.

Situation in der EU (noch) etwas besser

Sieht man von der bedenklichen Korruption des Wissenschaftsbetriebs in Großbritannien einmal ab, stellt sich die Situation in der EU noch ein wenig besser dar. Sowohl auf EU-Ebene, vor allem Dank des "grünen Gewissens" der EU, des Europäischen Parlaments, als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten erfolgte die Einführung der Grünen Gentechnik bisher stets in einem zwar hart geführten, aber halbwegs offenen Diskurs. Nicht zuletzt wegen der starken Stellung öffentlich-rechtlicher Sender konnten hier auch kritische Stimmen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft ein gewichtiges Wort mitreden. Eine bis heute konstante Ablehnung von über 70 Prozent der Bevölkerung lässt sich zum Glück nicht so ganz einfach übergehen.

Doch die Agro-Konzerne reagieren bereits mit neuen Gegenstrategien. So wird mit Hilfe geheim gehaltenen Anbaus auch in Europa versucht, Fakten zu schaffen. Und auch das Rechtssystem wird in den Dienst der Konzerne gestellt: Die in Sachen Gentechnik renitente EU wird vor der Welthandelsorganisation WTO wegen Verstoßes gegen Freihandelsprinzipien verklagt und handelspolitisch unter Druck gesetzt. Parallel verwässern die USA als Schutzmacht der Agro-Konzerne die Unterzeichnung des Biosafety-Protokolls. Die EU-Kommission ihrerseits gibt diesen Druck nach innen weiter und zwingt die europäischen Nationen zur Einführung der Risikotechnologie.

Doch immerhin wird Gen-Mais und Ähnliches in der EU bisher nur nach einer Risikoabschätzung eingeführt; auch wird der Wahlfreiheit der europäischen Landwirte und Verbraucher halbwegs Rechnung getragen. An der bedenklichen Instrumentalisierung und Pervertierung des Rechts und anderer gesellschaftlicher Instanzen durch die Agroindustrie ändert dies nichts. Denn obwohl die vornehmste Aufgabe des Rechts darin besteht, Minderheiten und Schwache zu schützen, geschieht im Falle der Grünen Gentechnik das genaue Gegenteil: Eine zweifelhafte Elite aus Managern, Wissenschaftlern, Medienvertretern und Politikern missbraucht das Recht und andere Einrichtungen der Demokratie, um dem vermeintlichen Souverän, nämlich dem Volk, eine Risikotechnologie aufzuzwingen, die es nicht will.

dnr-de - 7.5.2010